

Die NEOS Bezirksrät:innen

Anna Mildschuh
Christine Mahrle
Thomas Spies
Sonja Daublebsky
Nikolaus Trimmel
Stephan Steinbach

An das
Bezirksamt Liesing
z.Hd. Herrn Bezirksvorsteher Gerald Bischof

Anfrage betreffend Baustellensituation Endemanngasse

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher!

Im Bereich der Endemanngasse befindet sich aktuell eine Baustelle. Anrainer:innen berichten von als gefährlich wahrgenommenen Situationen durch die Fahrspureinschränkungen, bei denen u.a. Autofahrende auf den Gehsteig auffahren.

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Liesing stellen daher zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.03.2026 gemäß §23 Abs. 1 GO-BV folgende

Anfrage

1. Sind der Bezirksvorstehung Auswirkungen der Baustelle auf die Verkehrsgeschwindigkeit in der Endemanngasse bzw. Gatterederstraße, insbesondere in Hinblick auf die Wiener Linien, bekannt?

2. Sind der Bezirksvorstehung Auswirkungen der Baustelle auf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden in der Endemangasse bzw. Gatterederstraße bekannt?

3. Sind vonseiten der Stadt Wien Maßnahmen angedacht, um die Situation zu beobachten oder zu verbessern?

Wien, am 14.03.2026



Anna Mildschuh



Nikolaus Trimmel



Bezirksrat Christian Steinhoff von PRO23 stellt gem. GO der Bezirksvertretungen folgende

ANFRAGE

an den Herrn Bezirksvorsteher:

In Rodaun gibt es das Gerücht, dass auf der Liegenschaft in der Ketzergasse, wo sich seinerzeit die Polizeiwache der Gemeinde Rodaun befand, eine große Wohnhausanlage errichtet werden soll.

- Ist Ihnen etwas über ein derartiges Bauvorhaben bekannt?
- Würden Sie einer eventuell erforderlichen Änderung der derzeit dort gültigen Bestimmungen zustimmen, die eine stärkere Verbauung als derzeit ermöglichen würde?

Wenn ja, warum?

Begründung:

Interesse vieler Menschen in Rodaun, die eine weitere Verschlechterung der Lebensqualität befürchten.



Bezirksrat Christian Steinhoff von PRO23 stellt gem. GO der Bezirksvertretungen folgende

ANFRAGE

an den Herrn Bezirksvorsteher:

Das Gebiet zw. Endrestraße – Karl Schwed-Gasse – Franz Graßler-Gasse – Wasserleitungstrasse in Mauer besteht aus relativ wenigen, dafür aber sehr großen Liegenschaften. Seit geraumer Zeit gibt es das Gerücht, dass dort Wohnungen in großer Zahl errichtet werden sollen.

- Ist Ihnen das bekannt?
- Wissen Sie über etwaige „Wünsche“ oder Ansuchen auf Änderungen der Widmungs- bzw. Bebauungsbestimmungen in diesem Bereich Bescheid?
- Würden Sie einer gegebenenfalls erforderlichen Änderung der Widmungs- und/oder Bebauungsbestimmungen bzw. einer Ausnahmegenehmigung für eine Vergrößerung der Baulichkeiten zustimmen?

-Wenn ja, warum?

Begründung:

Mauer wurde und wird zunehmend immer stärker verbaut. Die Sorge der Bevölkerung ist, dass die letzten größeren „grünen Lungen“ und auch die ohnehin schon sehr starke Verkehrsbelastung im Grätzel deutlich erhöht werden, wenn dort noch mehr Wohnungen errichtet werden.



Bezirksrat Christian Steinhoff von PRO23 stellt gem. GO der Bezirksvertretungen folgende

ANFRAGE

an den Herrn Bezirksvorsteher:

Das Park-Cafè Mauer hat erneut den Betrieb wegen Insolvenz eingestellt. Angeblich strebt der Liegenschafts-Eigentümer den Bau von Wohnungen an.

- Ist Ihnen das bekannt?
- Würden Sie eine gegebenenfalls erforderliche Änderung der Widmungs- und/oder Bebauungsbestimmungen bzw. einer Ausnahmegenehmigung für eine Vergrößerung der Baulichkeiten gut heißen?
-Wenn ja, warum?

Begründung:

Der Bau von Wohnungen anstatt eines Gastro- Betriebs oder eines anderen Dienstleistungsbetriebs würde die Lebensqualität in Mauer wesentlich reduzieren. Es liegt den Bürgern von Mauer daher am Herzen, dass dort keine Wohnungen errichtet werden.



Bezirksrat Christian Steinhoff von PRO23 stellt gem. GO der Bezirksvertretungen folgende

ANFRAGE

an den Herrn Bezirksvorsteher:

Die Firma SPAR hat ihr Informationen zufolge Interesse am Erwerb benachbarter Liegenschaften der Filiale in Rodaun, Ketzergasse, bekundet.

- Ist Ihnen das bekannt?
- Wissen Sie über etwaige Erweiterungspläne der Firma SPAR bei dieser Filiale Bescheid?
- Würden Sie einer gegebenenfalls erforderlichen Änderung der Widmungs- und/oder Bebauungsbestimmungen bzw. einer Ausnahmegenehmigung für eine Vergrößerung der Baulichkeiten zustimmen?

-Wenn ja, warum?

Begründung:

Rodaun wurde und wird zunehmend immer stärker verbaut. Die Sorge der Bevölkerung ist, dass diese Verbauung durch eine Erweiterung der SPAR-Filiale noch stärker wird und vor allem die ohnehin schon sehr starke Verkehrsbelastung im Grätzel deutlich erhöhen wird. Allgemein wird die Meinung vertreten, dass das derzeitige Versorgungsangebot durch die bestehenden Supermarkt-Filialen ausreichend ist. Auch wenn wir in einer freien Marktwirtschaft leben, meinen viele Menschen, dass der schrankenlose Wettbewerb nicht auch noch durch Änderungen der gültigen Bestimmungen im Bereich der Bebauung zusätzlich gefördert werden. Zu Lasten der Wohnqualität!



Bezirksrat Christian Steinhoff von PRO23 stellt gem. GO der Bezirksvertretungen folgende

ANFRAGE

an den Herrn Bezirksvorsteher:

Wie hoch belaufen sich die Kosten für die Beseitigung von Vandalismus-Schäden in Liesing bzw. wie ist die Kostenentwicklung von 2020 – 2025?

Begründung:

Interesse der Bevölkerung.

Die Grünen Liesing

Atzgersdorfer Kirchenplatz 7/2

1230 Wien

liesing@gruene.at

[liesing.gruene.at](https://www.liesing.gruene.at)



BEZIRKSVERTRETUNGSSITZUNG vom 26.03.2026

Der Klub der Grünen Liesing stellt gem. §23 GO-BV folgende

ANFRAGE

betreffend Umsetzungsstand der Mediathek für den Livestream der Bezirksvertretungssitzungen im 23. Bezirk

Eine Reform von NEOS und SPÖ sieht vor, die Bezirkspolitik transparenter und digital zugänglicher zu machen – unter anderem durch eine Mediathek, in der Aufzeichnungen der Bezirksvertretungssitzungen dauerhaft verfügbar sein sollen (vgl. https://www.meinbezirk.at/liesing/c-politik/mehr-transparenz-in-der-liesinger-bezirkspolitik_a7748132).

Folgende Fragen werden gestellt:

1. Plant die Bezirksvorstehung Liesing, eine Mediathek einzurichten, in der Aufzeichnungen der Bezirksvertretungssitzungen dauerhaft abrufbar sind?
2. Bis wann ist die Umsetzung geplant und mit welchem konkreten Zeitplan?
3. Ist dem Bezirksvorsteher bekannt, in welchen anderen Wiener Bezirken die Mediathek bereits in Betrieb ist?
4. Welche Schritte unternimmt die Bezirksvorstehung, um die technische Bereitstellung durch die Stadt Wien aktiv einzufordern?
5. Ist vorgesehen, Sitzungsaufzeichnungen mit Untertiteln oder anderen barrierefreien Formaten auszustatten, sodass auch gehörlosen und schwerhörigen Bürger:innen die Teilhabe ermöglicht wird?

Mit freundlichen Grüßen

Pia Schwarzer

Klubobfrau Die Grünen Liesing

Die Grünen Liesing

Atzgersdorfer Kirchenplatz 7/2

1230 Wien

liesing@gruene.at

liesing.gruene.at



BEZIRKSVERTRETUNGSSITZUNG vom 26.03.2026

Der Klub der Grünen Liesing stellt gem. §23 GO-BV folgende

ANFRAGE

betreffend Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus der Sozialraumanalyse Liesing

Im Jahr 2025 wurde im Auftrag des Fonds Soziales Wien die Sozialraumanalyse „Sozialraum Liesing–Atzgersdorf“ erstellt. Die Studie zeigt einen steigenden Bedarf an niederschweligen Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, etwa hinsichtlich konsumfreier Treffpunkte, Freizeit- und Sportmöglichkeiten sowie jugendgerechter Aufenthaltsräume im öffentlichen Raum.

Der Bericht empfiehlt insbesondere im Bereich Atzgersdorf ein Angebot für Jugendliche in Form einer Kombination aus einem stationären Jugendtreff sowie aufsuchender Jugendarbeit (Streetwork).

Angesichts des steigenden Bedarfs an niederschweligen Angeboten für junge Menschen im Bezirk und der klaren Empfehlungen der Studie ersuchen wir um Auskunft über die bisher gesetzten und geplanten Schritte:

1. Wurden die Empfehlungen seitens des Bezirks bereits analysiert bzw. bewertet? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Gab es Gespräche oder Abstimmungen mit der Stadt Wien, dem Fonds Soziales Wien oder Trägerorganisationen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit? Wenn ja, wann und mit welchen Ergebnissen?
3. Welche Maßnahmen aus der Analyse wurden bereits umgesetzt bzw. befinden sich derzeit in Umsetzung?
4. Welche weiteren Maßnahmen sind für den Bereich Atzgersdorf bzw. im Bezirk Liesing geplant?

5. Welche finanziellen Mittel bzw. infrastrukturellen Ressourcen (Räume, Personal, Ausstattung, Transportmittel für Streetwork) stehen aus heutiger Sicht für die Umsetzung zur Verfügung, und welche zusätzlichen Ressourcen wären erforderlich?
6. In welchem zeitlichen Rahmen ist mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu rechnen und wie wird der steigende Bedarf im Zuge der Stadtentwicklung berücksichtigt?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Pia Schwarzer". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Pia Schwarzer
Klubobfrau Die Grünen Liesing

Die Grünen Liesing

Atzgersdorfer Kirchenplatz 7/2

1230 Wien

liesing@gruene.at

liesing.gruene.at



BEZIRKSVERTRETUNGSSITZUNG vom 26.03.2026

Der Klub der Grünen Liesing stellt gem. §23 GO-BV folgende

ANFRAGE

betreffend Volksschulkapazitäten im 23. Bezirk

Liesing verzeichnet seit Jahren ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum, das durch zahlreiche Wohnbauprojekte weiter zunimmt. Parallel dazu steigt stadtweit der Bedarf an Pflichtschulplätzen erheblich. Die Bildungsdirektion Wien weist Liesing aktuell als einen der Bezirke mit besonders angespannter AHS-Platzsituation aus, was auf eine strukturell wachsende Schüler:innenzahl hindeutet.

Folgende Fragen betreffend Volksschulkapazitäten im 23. Bezirk werden gestellt:

1. Wie viele Volksschulplätze stehen im 23. Bezirk derzeit zur Verfügung, aufgeschlüsselt nach Standort – und wie viele Erstklassenplätze (1. Schulstufe) werden für das Schuljahr 2026/27 konkret angeboten?
2. Wie viele Kinder werden für das Schuljahr 2026/27 im 23. Bezirk schulpflichtig (Schuleintritt Herbst 2026), und wie verhält sich diese Zahl zu den verfügbaren Erstklassenplätzen an öffentlichen Volksschulen im Bezirk? Welche Informationen liegen dem Bezirksvorsteher dazu vor, bzw. welche Auskünfte hat er bei der Bildungsdirektion eingeholt?
3. Wie hat sich die Auslastung der öffentlichen Volksschulen in Liesing in den letzten fünf Jahren entwickelt?
4. Gibt es Stadtteile oder Planungsgebiete im Bezirk, für die die Bildungsdirektion oder die MA 56 einen Kapazitätsbedarf festgestellt hat oder in absehbarer Zeit erwartet?
5. Sind im Bezirk Schulneubauten, -erweiterungen oder Standortverlegungen auf VS-Ebene geplant oder in Abstimmung mit der zuständigen Magistratsabteilung in Diskussion?

6. Wie werden neue und kürzlich fertiggestellte Wohnbauprojekte im Bezirk hinsichtlich ihres künftigen Schulplatzbedarfs in der Planung berücksichtigt?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Pia Schwarzer". The signature is written in a cursive style with a light yellow highlight behind it.

Pia Schwarzer
Klubobfrau Die Grünen Liesing

BV 23 – S-443.849/2026

Anfrage 9

BV-Sitzung vom 26. März 2026

Wien, 11. Juni 2026

Bra

**Frau Klubvorsitzende
Pia SCHWARZER**

Sehr geehrte Frau Klubvorsitzende!

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. März 2026 eingebrachten Anfrage betreffend Volksschulkapazitäten im 23. Bezirk darf ich Ihnen die Stellungnahme der amtsführenden Stadträtin Mag.^a Bettina Emmerling übermitteln:

Zu Frage 1)

Wie viele Volksschulplätze stehen im 23. Bezirk derzeit zur Verfügung, aufgeschlüsselt nach Standort - und wie viele Erstklassenplätze (1. Schulstufe) werden für das Schuljahr 2026/27 konkret angeboten?

Die Anzahl der Volksschulplätze berechnet sich anhand der Klassenzahl am jeweiligen Schulstandort, wobei in der Regel für eine Regelklasse 25 Schüler*innen, in einer Vorschulklasse 20 Schüler*innen und in einer I-Klasse 15 Regelschüler*innen berechnet werden. In die inklusiven Klassen kommen noch 5-8 Schüler*innen mit sonderpädagogischem oder sonstigem Förderbedarf hinzu.

Im laufenden Schuljahr führen die Volksschulen in Liesing folgende VS-Klassen (Stand Oktober 2025):

SKZ	Adresse	Anzahl der VSK	Anzahl der Regelklassen/ MSK	Anzahl der I-Klassen/ MSK
923011	23., Kirchenplatz 2-3	1	8	2
923031	23., Prückelmayrgasse 6	2	13	4
923041	23.,Anton-Baumgartner-Straße 44/1	1	14	
923051	23., Erilaweg 3	1	22	5
923061	23., Erlaaer Straße 74	1	12	
923071	23., Draschestraße 96	1	13	4

923081	23., Korbgassee 1	1	14	
923101	23., Fürst-Liechtenstein-Straße 17	2	9	
923151	23., Bendagasse 1-2		20	5
923161	23., Akaziengasse 52-54	1	11	4
923181	23., Anton-Baumgartner-Straße 44/II		12	
923201	23., Alma-Seidler-Weg 2			12
923261	23., Breitenfurter Straße 235		13	4
923271	23., Carlbergergasse 72	1	11	
923281	23., Breitenfurter Straße 170 - Bildungscampus Atzgersdorf		13	3

Im kommenden Schuljahr sind zum Stand Anfang April 2026 folgende VS-Klassen auf der 0. und 1. Schulstufe vorgesehen (ohne MSK):

SKZ	Adresse	Anzahl der VSK	Anzahl der Regelklassen	Anzahl der I-Klassen
923011	23., Kirchenplatz 2-3	1	2	
923031	23., Prückelmayrgasse 6	1	3	1
923041	23., Anton-Baumgartner-Straße 44/I		3	1
923051	23., Erilaweg 3	1	5	1
923061	23., Erlaaer Straße 74	1	3	
923071	23., Draschestraße 96	1	3	1
923081	23., Korbgassee 1	1	3	
923101	23., Fürst-Liechtenstein-Straße 17	1	3	
923151	23., Bendagasse 1-2		5	1
923161	23., Akaziengasse 52-54	1	3	1
923181	23., Anton-Baumgartner-Straße 44/II		3	
923261	23., Breitenfurter Straße 235		4	1
923271	23., Carlbergergasse 72	1	3	
923281	23., Breitenfurter Straße 170 - Bildungscampus Atzgersdorf		3	1

Zu Frage 2)

Wie viele Kinder werden für das Schuljahr 2026/27 im 23. Bezirk schulpflichtig (Schuleintritt Herbst 2026), und wie verhält sich diese Zahl zu den verfügbaren Erstklassenplätzen an öffentlichen Volksschulen im Bezirk? Welche Informationen liegen dem Bezirksvorsteher dazu vor, bzw. welche Auskünfte hat er bei der Bildungsdirektion eingeholt?

Im Jänner 2026 wurde 1.116 Schulneulingen ein Platz an einer öffentlichen Volksschule im 23. Bezirk im Schuljahr 2026/27 zugewiesen. Hinzu kommen noch Schüler*innen mit

sonderpädagogischem oder sonstigem Förderbedarf und nachträgliche Anmeldungen für Schulplätze im Bezirk.

Die Zuteilung der verspäteten Anmeldungen erfolgt bis zum Schulbeginn im September 2026.

Die endgültige Anzahl an Schulneulingen wird im Oktober 2026 erhoben.

Zu Frage 3)

Wie hat sich die Auslastung der öffentlichen Volksschulen in Liesing in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Die Auslastung der öffentlichen Volksschulen in Liesing war in den letzten Jahren sehr hoch und schwankt zwischen 94% und 98%.

Zu beachten ist, dass aufgrund von nicht planbaren Faktoren wie Absiedlungen und Klassenwiederholungen die Klassenstände schwanken.

Schuljahr	Auslastung
2021/22	94 %
2022/23	96 %
2023/24	98 %
2024/25	96 %
2025/26	95 %

Zu Frage 4)

Gibt es Stadtteile oder Planungsgebiete im Bezirk, für die die Bildungsdirektion oder die MA 56 einen Kapazitätsbedarf festgestellt hat oder in absehbarer Zeit erwartet?

Die strategische Schulraumbedarfsplanung wird mittels verschiedener Daten wie zum Beispiel jene der Stadt Wien – Wirtschaft, Arbeit und Statistik bezüglich der Bevölkerungsentwicklung, Daten, die die Entwicklung der Klassen- und Schülerzahlen betreffen, Daten aus der Infrastrukturkommission wie auch Daten, die bestehende und geplante Wohnbaupotentiale in ganz Wien aufzeigen, vorgenommen. Diese bieten dabei Richtwerte, welche als Orientierungshilfe wesentliche Anhaltspunkte zur Abschätzung zukünftiger demographischer Entwicklungen liefern und somit etwaigen Handlungsbedarf aufzeigen.

Auf Basis dieser Grundlagen werden seitens der Stadt Wien – Schulen in permanenter Abstimmung mit der Bildungsdirektion für Wien und der Magistratsdirektion - Geschäftsbereich Bauten und Technik, Bildungsbauprojekte entwickelt, die es ermöglichen, die Versorgung der Wiener Schüler*innen mit öffentlichem Pflichtschulraum zeitgerecht und in adäquater Form zu gewährleisten.

Es ergaben sich aufgrund der erwähnten Datengrundlagen auch in einigen Gebieten im 23. Bezirk Bedarfe an Schulraumschaffungen, welche bereits fertiggestellt worden sind oder geplant sind.

Zu Frage 5)

Sind im Bezirk Schulneubauten, -erweiterungen oder Standortverlegungen auf VS-Ebene geplant oder in Abstimmung mit der zuständigen Magistratsabteilung in Diskussion?

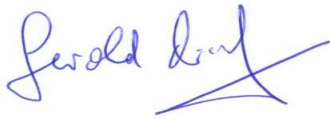
Ja.

Zu Frage 6)

Wie werden neue und kürzlich fertiggestellte Wohnbauprojekte im Bezirk hinsichtlich ihres künftigen Schulplatzbedarfs in der Planung berücksichtigt?

Wie bereits bei der Beantwortung von Frage 4 erwähnt, sind Daten der Infrastrukturkommission und Daten, die bestehende und geplante Wohnbaupotentiale in ganz Wien aufzeigen, ein essenzieller Teil der strategischen Schulraumbedarfsplanung.

Mit freundlichen Grüßen



Gerald Bischof
Bezirksvorsteher

Die Grünen Liesing

Atzgersdorfer Kirchenplatz 7/2

1230 Wien

liesing@gruene.at

liesing.gruene.at



BEZIRKSVERTRETUNGSSITZUNG vom 26.03.2026

Der Klub der Grünen Liesing stellt gem. §23 GO-BV folgende

ANFRAGE

betreffend Vollzug des Wiener Baumschutzgesetzes in Liesing – Fällungen, Ersatzpflanzungen und Ausgleichsabgaben

Begründung:

Der Wiener Stadtrechnungshof hat den Vollzug des Wiener Baumschutzgesetzes einschließlich der Vorschreibung und Verwendung von Ausgleichsabgaben für den Zeitraum 2021 bis 2024 geprüft.

Für den 23. Bezirk gehen aus dem Bericht folgende Zahlen hervor:

- 2.101 Anträge auf Baumfällungen wurden gestellt,
- 3.828 Fällungen genehmigt,
- 4.902 Ersatzpflanzungen vorgeschrieben sowie
- 86 Verfahren zu Ausgleichsabgaben geführt.

Um ein vollständiges Bild der aktuellen Situation und des weiteren Vollzugs in Liesing zu erhalten, werden folgende **Fragen zu Baumfällungen in Liesing im Jahr 2025** gestellt:

1. Wie viele Baumfällungen wurden im Jahr 2025 in Liesing bewilligt?
2. Was waren die drei häufigsten Gründe für die im Jahr 2025 in Liesing bewilligten Baumfällungen, und wie viele Fällungen entfielen jeweils auf diese Gründe?
3. Nach welchen Stammumfangkategorien werden die im Jahr 2025 in Liesing bewilligten Baumfällungen erfasst, und wie viele Fällungen entfielen jeweils auf diese Kategorien?
4. Wie viele der im Jahr 2025 in Liesing bewilligten Fällungen betrafen Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 100 cm?

Zu Ersatzpflanzungen:

5. Wie viele Ersatzpflanzungen wurden im Jahr 2025 in Liesing vorgeschrieben?
6. In wie vielen Fällen von genehmigten Baumfällungen wurden im Jahr 2025 Ersatzpflanzungen vorgeschrieben?
7. Wie viele der im Zeitraum 2021 bis 2024 vorgeschriebenen 4.902 Ersatzpflanzungen wurden bislang tatsächlich durchgeführt?
8. Sofern ein Teil der vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen noch nicht durchgeführt wurde: Was sind die Gründe dafür, bis wann ist die Durchführung geplant, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die fristgerechte Umsetzung sicherzustellen?

Zu Ausgleichsabgaben:

9. Wie hoch waren die im Jahr 2025 in Liesing insgesamt vorgeschriebenen Ausgleichsabgaben?
10. Wofür werden die eingenommenen Ausgleichsabgaben in Liesing verwendet?
11. Wie hoch ist der aktuelle Zahlungsrückstand bei den vorgeschriebenen Ausgleichsabgaben in Liesing?

Mit freundlichen Grüßen



Pia Schwarzer
Klubobfrau Die Grünen Liesing

BV 23 – S-445.899/2026
Anfrage 10
BV-Sitzung vom 26. März 2026

Wien, 28. April 2026
Bra

Frau Klubvorsitzende
Mag.^a Pia Schwarzer

Sehr geehrte Frau Klubvorsitzende!

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. März 2026 eingebrachten Anfrage betreffend Vollzug des Wiener Baumschutzgesetzes in Liesing – Fällungen, Ersatzpflanzungen und Ausgleichsabgaben darf ich Ihnen folgende Informationen übermitteln, die ich von Herrn Amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky erhalten habe:

Zu Frage 1:

Wie ich seitens der zuständigen Fachabteilung informiert wurde, wurden im Jahr 2025 776 Baumfällungen bewilligt.

Zu Frage 2:

Die Entfernungsgründe nach § 4 Abs. 1 Ziffer 1 bis 6 Wiener Baumschutzgesetz werden nicht als Metadaten erfasst, sodass die Einschau in jeden einzelnen Akt notwendig wäre, dies aber aus Ressourcengründen im Regelbetrieb nicht möglich ist, weswegen aus verwaltungsökonomischer Sicht von einer Erhebung Abstand genommen wurde.

Zu Frage 3:

Gemäß Wiener Baumschutzgesetz ist für alle Bäume, das sind Laub- und Nadelhölzer mit einem Stammumfang von mindestens 40 cm, gemessen in 1 m Höhe vom Beginn der Wurzelverzweigung vor dem Entfernen eine Bewilligung zu erwirken. Eine weitere Kategorisierung findet nicht statt. Der Stammumfang wird durch die Amtssachverständigen erhoben und auf Basis dieses Wertes die Ersatzpflanzung festgestellt. Eine automatisierte Auswertung der einzelnen Stammumfänge ist nicht möglich; eine manuelle Erhebung ist aufgrund des hohen Ressourcenaufwandes verwaltungsökonomisch nicht vertretbar.

Zu Frage 4:

Es findet keine Stammumfangkategorisierung statt, weswegen auch keine diesbezüglichen Aufzeichnungen als Metadaten erfasst werden. Eine automatisierte Auswertung ist nicht möglich; eine manuelle Erhebung ist aufgrund des hohen Ressourcenaufwandes verwaltungsökonomisch nicht vertretbar.

Zu Frage 5:

Im Jahr 2025 wurden 1.260 Ersatzpflanzungen vorgeschrieben.

Zu Frage 6:

Im Jahr 2025 wurden im Zuge von Bewilligungsverfahren 1.231 Ersatzpflanzungen vorgeschrieben.

Zu Frage 7:

Die angeforderten Daten liegen nicht vor und können nicht automatisiert ausgewertet werden. Eine manuelle Erhebung ist aufgrund des hohen Ressourcenaufwandes verwaltungsökonomisch nicht vertretbar.

Es wird jedoch mitgeteilt, dass Ersatzpflanzungen seit der Novelle des Wiener Baumschutzgesetzes – Klimaschutznovelle 2024 mindestens 10 Jahre (vormals 5 Jahre) bestehen müssen und die*der Ersatzpflanzungsverpflichtete hat die erfolgte Durchführung der Ersatzpflanzung dem Magistrat anzuzeigen und nachzuweisen. Die Pflicht zur Ersatzpflanzung gilt nach § 7 Abs. 3 Wiener Baumschutzgesetz erst dann als erfüllt, wenn diese durch zehn Jahre (vormals 5 Jahre) hindurch keine Anzeichen von Schädigungen aufweist. Im Falle, dass Ersatzpflanzungen innerhalb von 10 Jahren (vormals 5 Jahre) Schädigungen aufweisen bzw. eingehen, wird die*der Ersatzpflanzungsverpflichtete vom Magistrat der Stadt Wien aufgefordert, neuerlich zu pflanzen und die nochmalige Ersatzpflanzung vorgeschrieben.

Zu Frage 8:

Die vorgeschriebene Ersatzpflanzung ist erst dann vorzunehmen, wenn der Baum entfernt wurde. Jene Bescheide, die vor Inkrafttreten der Klimaschutznovelle 2024 erlassen worden sind, haben weiterhin ihre Gültigkeit. Die Bewilligung der Baumentfernung erlischt nicht, auch wenn diese nicht durchgeführt wird.

Nach der derzeitigen Rechtslage erlischt der Bewilligungsbescheid, wenn die Baumentfernung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Rechtskraft dieses Bescheides erfolgt.

Nach Fristablauf für die Vornahme der Ersatzpflanzung wird von der Behörde geprüft, ob diese vorgenommen wurde und die*der Ersatzpflanzungsverpflichtete aufgefordert, diese unter Berücksichtigung der aus vegetationstechnischen Gründen üblichen Pflanzzeiten (Herbst/Frühling) innerhalb Jahresfrist vorzunehmen.

Sollten sich im Zuge dieser Überprüfung Hinweise darauf ergeben, dass der Baum immer noch Bestand hat, der Entfernungsgrund aber nicht mehr gegeben ist (z.B. geändertes Bau-vorhaben), werden die für den Einzelfall geeigneten Erhebungen (u.a. Erhebung vor

Ort, Vorlage von Unterlagen etc.) durchgeführt bzw. allenfalls erforderliche Maßnahmen (z.B. Änderung des Feststellungsbescheides) getroffen.

Zu Frage 9:

Im Jahr 2025 wurden € 458.270,- an Ausgleichsabgabe vorgeschrieben.

Zu Frage 10:

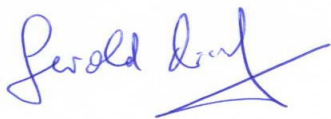
Mit den Mitteln der Ausgleichsabgabe werden insbesondere die Anpflanzung von Bäumen, die Errichtung von damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Schutzmaßnahmen, Wurzelraumverbesserungen, Baumscheiben- oder Bewässerungssystemen oder die Beschaffung oder Gestaltung der hierfür geeigneten Grundflächen finanziert.

Zu Frage 11:

Die Adresse der*des Ausgleichsabgaben-Zahlungspflichtigen ist nicht immer mit der Adresse des Standortes der bewilligten Baumentfernung bzw. dessen Ersatzpflanzung ident, weswegen eine automatisierte Auswertung nicht möglich ist. Eine manuelle Erhebung ist aufgrund des hohen Ressourcenaufwandes verwaltungsökonomisch nicht vertretbar.

Die Einhebung der Ausgleichsabgabe erfolgt zentral für ganz Wien durch die Magistratsabteilung 6 nach den geltenden Rechtsvorschriften (z.B. Bundesabgabenordnung) und wird zügig durch Setzen entsprechender Exekutionsmaßnahmen vorgenommen, jedoch kann gemäß Bundesabgabenordnung um Stundung durch die*den Zahlungspflichtigen angesucht werden. Diese Variante wird vor allem bei Großprojekten angewendet, da sich oftmals im Nachhinein eine Möglichkeit von Ersatzpflanzungen ergibt und diesen im Sinne des Wiener Baumschutzgesetzes der Vorrang einzuräumen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Gerald Bischof
Bezirksvorsteher

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Im Rahmen der vom Klub der Freiheitlichen gestellten Anträge betreffend Überprüfung von Beschaffenheit von Gehsteigen wurde in einer Stellungnahme der MA 28 festgehalten, dass sich die betreffenden Gehsteige in einem trittsicheren Zustand befinden und fortlaufend im Zuge von periodischen Rundgängen kontrolliert werden.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Wie konkret wird „trittsicherer Zustand“ definiert?
2. In welchen zeitlichen Intervallen finden die genannten periodischen Rundgänge statt?
3. Wie viele Personen nehmen an einem solchen Rundgang teil?
4. Welche Dienst- bzw. Fachabteilungen sind dabei involviert?
5. Wie ist der Ablauf eines solchen Rundgangs?
6. Wie ist die weitere Vorgangsweise, wenn bei einem Rundgang Mängel festgestellt werden indem beispielsweise die Trittsicherheit nicht mehr gegeben ist?

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

In der Wohnparkstraße bietet sich Fußgängern, die Richtung Liesingbach gehen auf Höhe der Zufahrt zur Garage des Interspar-Marktes folgendes Bild:



In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Was genau wird mit dieser Linienführung bezweckt?
2. Wie darf/soll sich der nahende Fußgänger verhalten?

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Am Dienstag, den 11. März 2026, wurde ein 63-jähriger Mann von zwei Einbrechern überfallen. Der Mann wurde beim Öffnen seiner Wohnungstür in seine Wohnung gedrängt und misshandelt. Zudem wurde die Wohnung durchsucht und verwüstet. Die Täter, eine Frau und ein Mann, erbeuteten einen dreistelligen Bargeldbetrag.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Liegen bereits Erkenntnisse zum Ablauf des Vorfalls und zu den Hintergründen vor?
2. Gibt es Informationen zu den Tatverdächtigen oder Festnahmen?
3. Sind weitere ähnliche Vorfälle oder Übergriffe in letzter Zeit bekannt?

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Aufgrund des anhaltend starken Schneefalls in der Nacht vom 04.02. auf den 05.02.2026 waren einige Hauptverkehrsstraßen, wie die Breitenfurter Straße und die Rodauner Straße, bis 11:00 Uhr am Vormittag des 05.02.2026 nicht geräumt, sodass es wiederholt zu gefährlichen Zwischenfällen zwischen Busfahrern und dem herkömmlichen Verkehr kam.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge der Stadt Wien waren zu diesem Zeitpunkt in Liesing unterwegs?
2. Wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge der Wiener Linien waren zu diesem Zeitpunkt in Liesing unterwegs?
3. Wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge waren generell in Wien-Liesing im Einsatz?

BV 23 – S-444.816/2026
Anfrage 14
BV-Sitzung vom 26. März 2026

Wien, 30. April 2026
Bra

**Herrn Klubvorsitzenden
Michael WALTER**

Sehr geehrter Herr Klubvorsitzender!

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. März 2026 eingebrachten Anfrage betreffend Schneeräumung in Liesing in der Nacht vom 4.2. auf den 5.2.2026 darf ich Ihnen folgende Informationen übermitteln, die ich von Herrn Amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky erhalten habe:

Wie ich seitens der zuständigen Fachabteilung informiert wurde, gab es in der Nacht von 4.2. auf 5.2.2026 gemäß den offiziellen Messungen der Geosphere Austria (ehemals ZAMG) keinen Schneefall in Wien.

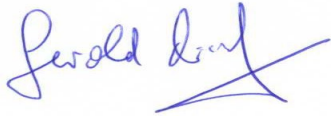
In den Aufzeichnungen der GeoSphere Austria ist für Wien – Hohe Warte folgender Wetterverlauf für die Nacht vom 4.2. auf 5.2.2026 dokumentiert:

- 4.2. 16:08 – 20:30 Uhr leichtes bis mäßiges Nieseln mit Unterbrechungen
- 5.2. 05:01 – 05:02 Uhr leichter Regen
- 5.2. 07:02 – 07:09 Uhr leichter Regen mit Unterbrechungen
- 5.2. 10:41 – 12:30 Uhr leichter Regen

Aufgrund des erwarteten Niederschlags und der niedrigen Temperaturen wurde von der GeoSphere Austria am 3.2.2026 eine Glatteiswarnung für den 4.2.2026 ausgesendet, welche regelmäßig aktualisiert wurde und am 4.2.2026 um 22:26 Uhr entwarnt wurde. Aufgrund dessen wurden seitens der MA 48 Streu- und Kontrollfahrten durchgeführt. Am 5.2.2026 um 6:00 Uhr waren keine winterdienstrelevanten Maßnahmen mehr notwendig.

Zu den Fragestellungen, wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge der Wiener Linien im genannten Zeitraum in Liesing im Einsatz waren sowie wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge insgesamt in Wien-Liesing tätig waren, kann seitens meines Ressorts keine Stellungnahme abgegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Gerald Bischof
Bezirksvorsteher

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Am 4. März 2026 ereignete sich am Nachmittag im Draschepark ein versuchter schwerer Raubüberfall auf einen 13-jährigen Schüler.

Vier arabisch sprechende Jugendliche im Alter zwischen 11 und 14 Jahren griffen den Schüler an, wobei drei der Beteiligten körperliche Gewalt gegen ihn ausübten. Nach bisherigen Erkenntnissen dürfte ein Streit im Zusammenhang mit den vom Opfer getragenen Schuhen Auslöser des Vorfalls gewesen sein. Der Schüler erlitt infolge des Angriffs mehrere Hämatome, Schürfwunden sowie ein blaues Auge.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Liegen bereits zielgerechte Erkenntnisse zum Ablauf des Vorfalls und zu den Hintergründen vor?
2. Gibt es Informationen zu den Tatverdächtigen oder Festnahmen?
3. Sind weitere ähnliche Vorfälle oder Übergriffe in letzter Zeit bekannt?
4. Gibt es Informationen zum aktuellen Zustand der verletzten Person? Insbesondere interessiert, ob neben den körperlichen Verletzungen auch psychische Folgen berücksichtigt werden und ob eine entsprechende Betreuung erfolgt, da ein Angriff am helllichten Tag Ängste im Zusammenhang mit dem Schulweg auslösen kann.
5. Stimmt es, dass der Vater des angegriffenen Schülers eine Belohnung in Aussicht gestellt hat?

BezR Michael Walter
Klubobmann

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Am Montag, den 9. Februar 2026 musste die Oberlaa Straße komplett gesperrt werden. Grund war, dass es in einem Entsorgungsbetrieb zu einem Alarm gekommen ist, weil ein angelieferter Gegenstand ein radioaktives Nuklid enthielt.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Kamen Personen zu Schaden oder kann es zu Folgeschäden kommen?
2. Welche Maßnahmen wurden durch die Sicherheitsleuten vor Ort ergriffen?
3. Um welches Material handelt es sich genau und besteht dadurch eine Gefährdung für die Umwelt in der unmittelbaren Umgebung?
4. Wurde bei der Entsorgungsfirma schon öfter kontaminiertes Ladegut festgestellt?
5. Parallel dazu kam es in Graz zu einem ähnlichen Einsatz der Sicherheitskräfte; gibt es diesbezüglich nähere Erkenntnisse?
6. Wurde im Zusammenhang mit dem Einsatz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet?

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Am 27. Jänner 2026 gegen 10:30 Uhr fand im Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Wien 23 in Alterlaa ein Polizeieinsatz unter Beteiligung uniformierter und ziviler Kräfte statt.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Aus welchem Anlass bzw. aus welchem Grund fand der Einsatz statt?
2. Welche Maßnahmen wurden durch die Polizei vor Ort ergriffen?
3. Wie viele und welche Einsatzkräfte waren beteiligt?
4. Gab es bei dem Einsatz Verletzte oder wurden Personen festgenommen?
5. Wurde im Zusammenhang mit dem Einsatz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet?



BezR Michael Walter
Klubobmann

BezR Georg Machacek

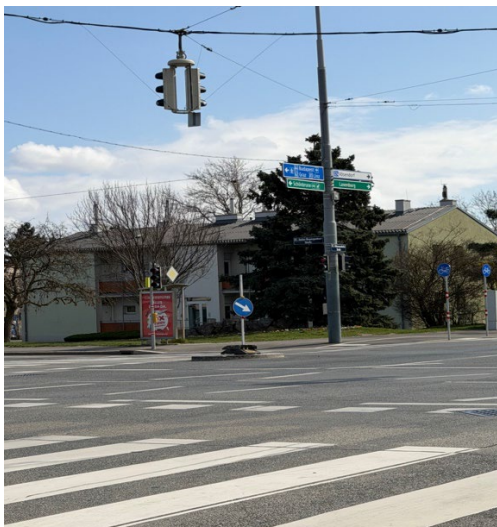
Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Laut der zuständigen Magistratsabteilung 48 soll der Inselvorkopf an der Kreuzung Altmannsdorfer Straße/Anton-Baumgartner Straße zurückgebaut werden.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Für wann ist die Demontage des Inselvorkopfes vorgesehen?
2. Wie hoch waren die Errichtungskosten?
3. Wie hoch waren die Kosten für die mehrfach durchgeführten Reparaturen?



BezR Michael Walter
Klubobmann

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Im Bereich der Herziggasse 9 wurde eine Rampe über die Grünfläche und den Abstellplatz bis zur Straße geführt.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Wurde diese Rampe ordnungsgemäß gemeldet und zu welchem Zweck wurde sie errichtet?



BezR Michael Walter
Klubobmann

BezR Werner Franz

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Aufgrund des angekündigten starken Schneefalls in Wien am Freitag, dem 19. Februar 2026, geriet ein Bus der Wiener Lokalbahnen ins Schleudern und verursachte erheblichen Schaden an der Betonmauer eines Einfamilienhauses sowie an einem Beleuchtungsmast.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Wurden bei dem Unfall Personen verletzt?
2. Was war die Ursache des Unfalls, hätte er durch eine bessere Schneeräumung bzw. Salzstreuung verhindert werden können?
3. Wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge der Stadt Wien waren zu diesem Zeitpunkt in Liesing unterwegs?
4. Wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge der Wiener Linien waren zu diesem Zeitpunkt in Liesing unterwegs?
5. Wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge sind generell in Wien-Liesing in Einsatz?



BezR Michael Walter
Klubobmann

BV 23 – S-444.961/2026
Anfrage 20
BV-Sitzung vom 26. März 2026

Wien, 26. Mai 2026
Bra

**Herrn Klubvorsitzenden
Michael WALTER**

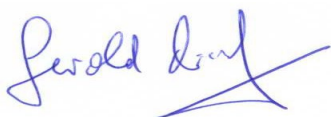
Sehr geehrter Herr Klubvorsitzender!

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. März 2026 eingebrachten Anfrage betreffend Unfall Bus der Wiener Lokalbahnen am 19.2.2026 darf ich Ihnen die Stellungnahme der amtsführenden Stadträtin Mag.^a Ulli Sima übermitteln:

Bei dem referenzierten Unfall eines Busses der Wiener Lokalbahnen (WLB) im Bezirk Liesing vom 19. Februar 2026 wurden weder im Zuge der Unfallmeldung noch beim Eintreffen des WLB-Teamleiters am Unfallort verletzte Personen gemeldet. Auch beim WLB-Kund*innenservice gab es keine Beschwerden im Zusammenhang mit diesem Unfall.

Die Wiener Linien sind nicht für die grundsätzliche Räumung von Straßen zuständig. Sie unterstützen jedoch bei Bedarf, damit Bim und Bus gut vorankommen oder räumen Busbuchten, in den sich zu viel Schnee angesammelt hat. Ab einer Schneehöhe von ca. fünf Zentimetern rücken Räumfahrzeuge aus und schaffen den Schnee von Straßenbahngleisen sowie U-Bahn-Bahnsteigen und Gehsteigen vor den Stationen. Zu den Fragen, wie viele Einsatzkräfte und Fahrzeuge in Wien-Liesing insgesamt tätig waren, kann mein Ressort keine Stellungnahme abgeben.

Mit freundlichen Grüßen



Gerald Bischof
Bezirksvorsteher

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Am 10. Februar 2026 wurden in Siebenhirten mehrere Autos von drei minderjährigen Jugendlichen aufgebrochen, wobei Seitenscheiben eingeschlagen und Wertgegenstände aus den Fahrzeugen gestohlen wurden. Nach der Verständigung durch einen aufmerksamen Mitbürger konnte die Polizei das Trio in der Lemböckgasse anhalten. Bei den Jugendlichen aus Belarus, Syrien und Rumänien wurden Bargeld sowie mehrere Bankomatkarten sichergestellt.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Wieviel Fahrzeuge wurden aufgebrochen bzw. beschädigt?
2. Gibt es bereits Erkenntnisse zu den Hintergründen oder zum Motiv der Tat?
3. Wie wird weiter mit den nicht strafmündigen Tätern verfahren, und erhalten die Obsorgeberechtigten Unterstützung im Umgang mit den minderjährigen Jugendlichen?
4. Sind weitere ähnliche Vorfälle aus letzter Zeit bekannt?

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Die am 9. März 2026 in die Lemböckgasse 57 in den 23. Bezirk übersiedelte AMS-Geschäftsstelle, die nun Arbeitssuchende aus Meidling und Liesing betreut, wird voraussichtlich zu einem erhöhten Besucheraufkommen und damit zu einer stärkeren Frequentierung des Standorts führen.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 26. März 2026 folgende

Anfrage

1. Wurde der Bezirk vorab über die Ansiedlung der AMS-Geschäftsstelle in Kenntnis gesetzt?
2. Wird es von Seiten der Exekutive Präventivmaßnahmen geben, um den Bürgern in Liesing Sicherheit zu gewährleisten? Zum Beispiel durch erhöhte Präsenz im Bereich der Lemböckgasse - U6 Station Perfektastraße?



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Die gefertigten BezirksrätInnen des Klubs der Volkspartei Liesing stellen an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

- In welchem Ausmaß sind die Umstände rund um die Insolvenz des „Parkcafé Mauer“ bekannt?
- Wurde seitens einer anderen öffentlichen Stelle zum „Parkcafé Mauer“ der Kontakt zum Bezirk gesucht?
- Ist es angedacht aufgrund der zwei in kürzester Zeit aufgetretenen Konkurse, eine genauere Ursachenforschung einzuleiten?
- Wie viel Geld wurde im Rahmen von Kultur- oder sonstigen etwaigen Förderungen seitens des Bezirks Liesing
 - für Veranstaltungen in dem in Rede stehenden Unternehmen und
 - für Veranstaltungen von dem in Rede stehenden Unternehmen ausbezahlt bzw. in zur Verfügung gestellt?

Begründung:

Das „Parkcafé Mauer“ ist nur wenige Monate nach seinem Vorgänger VIVE, Konkurs gegangen. Nicht nur schaden Konkurse der Allgemeinheit aufgrund der „Solidarisierung der Verluste“, sondern sind in manchen Fällen, ein Indiz für ernsthafte Standortprobleme oder sogar, in extremen Einzelfällen, Teil eines unlauteren Eigennutzes zum Schaden der Gesellschaft. In jeden dieser Fälle ist bei vermehrtem Auftreten – insbesondere, wenn es den gleichen Ort betrifft – von Konkursen, genauer hinzusehen.


Mag. Markus Fiala
Bezirksrat

Philipp Stadler-Simbürger
Klubobmann



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Die gefertigten BezirksrätInnen des Klubs der Liesinger Volkspartei stellen an den
Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

betreffend geplantes Wohnbauprojekt Heudörfelgasse 55 / Ecke Schlossgartenstraße 35

- Was genau wird errichtet?
- Wer sind die Bauträger?
- Bis wann sollen die Bauarbeiten abgeschlossen werden?
- Wie sieht es mit der Infrastruktur aus?
 - Insbesondere mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie
 - Mit der Situation der Nahversorgung

Begründung:

Derzeit befindet sich ein Zwei-Parteien-Haus auf der Liegenschaft Heudörfelgasse 55 / Ecke Schlossgartenstraße 35. Offensichtlich ist an dieser Adresse ein weiterer Mehrparteienbau geplant. Bitte um Aufklärung, was im Speziellen dort geplant ist, ob das Ortsbild gewahrt ist, und ob eine Bauklassenänderung geplant ist.

Philipp Stadler-Simbürger
Klubobmann



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Die gefertigten BezirksrätInnen des Klubs der Liesinger Volkspartei stellen an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

betreffend die derzeit entstehenden Wohnbauprojekte in der Breitenfurterstraße

In der Breitenfurterstraße 462 plus angrenzenden Grundstücken, sowie der Breitenfurterstraße 510 und Breitenfurterstraße 434 besteht gerade große Bautätigkeit.

- Was genau wird errichtet?
- Wer sind die Bauträger?
- Bis wann sollen die Bauarbeiten abgeschlossen werden?
- Wie sieht es mit der Infrastruktur aus?
 - Insbesondere mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie
 - Mit der Situation der Nahversorgung

Begründung:

Derzeit wird in der Breitenfurterstraße vermehrt gebaut. Es entstehen derzeit zumindest 3 neue Wohnhauskomplexe. Ist auch ein Ausbau der Öffistrecken in diesem Bereich geplant, und wird dabei die größere Auslastung durch den neu entstehenden Wohnraum berücksichtigt? Wie wird der erhöhte Bedarf an Parkplätzen eingeplant?

Philipp Stadler-Simbürger
Klubobmann



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Die gefertigten BezirksrätInnen des Klubs der Liesinger Volkspartei stellen an den
Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

betreffend die Einsetzung von Schülerlotsen im Umkreis von Privatschulen im Bezirk, und
die Frage, von wem die Kosten getragen werden müssen.

- Wer muss hier die Kosten tragen?
- Wie ist dies umsetzbar?
- Wie kann der Bezirk die Schulwegsicherheit von Schülern aus Privatschulen gewährleisten?

Begründung:

Die gängige Praxis in Wien ist es, dass vor Wiener Schulen an stark befahrenen Kreuzungen Schülerlotsen eingesetzt werden, welche von der Stadt Wien bereitgestellt werden. Im Umkreis von Privatschulen werden diese nicht zur Verfügung gestellt, daher die Frage, weshalb das so ist.

Philipp Stadler-Simbürger
Klubobmann



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Die gefertigten BezirksrätInnen des Klubs der Liesinger Volkspartei stellen an den
Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

1. Welche rechtlichen und praktischen Möglichkeiten bestehen für den Bezirk bzw. die Stadt Wien, wenn private AnrainerInnen ihrer Verpflichtung zur Schneeräumung nicht nachkommen?
2. Erfolgt seitens des Magistrats eine regelmäßige Kontrolle der Einhaltung dieser Räumverpflichtungen?
3. Wird das Unterlassen der vorgeschriebenen Schneeräumung auf öffentlichen Gehsteigen, die von privaten AnrainerInnen zu betreuen sind, geahndet?
 1. Falls ja: Mit welchen Strafrahmen bzw. Sanktionen ist in solchen Fällen zu rechnen?
4. Wurden im konkreten Fall im Bereich „Hofer Fröhlichgasse“ entsprechende Kontrollen durchgeführt bzw. Maßnahmen gesetzt?

Begründung:

Die Schneeräumungspflicht der Grund- / Hauseigentümer wird auffallend oft vernachlässigt. Es geht dabei nicht um jene Fälle, bei denen bei Schneeeinbruch von Winterdiensten erst nach und nach geräumt werden kann, sondern um ein systematisches Ignorieren der Räumspflicht.

Besonders augenscheinlich war dies z.B. bei der an die Fröhlichgasse angrenzenden Hofer Filiale: der Parkplatz war wunderbar geräumt, der Gehsteig auch nach vielen Tagen noch nicht. Eine Nachfrage durch Bezirksrat Fiala über den Hofer Kundendienst blieb unbeantwortet.

Mag. Markus Fiala
Bezirksrat

Philipp Stadler-Simbürger
Klubobmann

BV 23 – S-445.899/2026
Anfrage 27
BV-Sitzung vom 26. März 2026

Wien, 24. April 2026
Bra

**Herrn Klubvorsitzenden
Philipp Stadler-Simbürger**

Sehr geehrter Herr Klubvorsitzender!

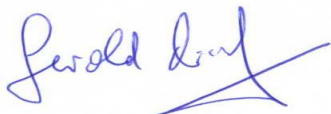
Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. März 2026 eingebrachten Anfrage betreffend Schneeräumpflicht der Grund/Hauseigentümer darf ich Ihnen die Stellungnahme des amtsführenden Stadtrates Mag. Jürgen Czernohorszky übermitteln:

Für das Säubern von Gehsteigen von Schnee und Verunreinigungen, sowie für die Streuung bei Schnee und Glatteis sind gemäß § 93 StVO die jeweiligen Anrainer*innen zuständig. Die StVO liegt im Vollzugsbereich der Polizei, welche eine etwaige Nichteinhaltung ahndet.

Etwaige Ersatzmaßnahmen auf Gehsteigen, Gehwegen und Stiegenanlagen können von Seiten der MA 48 daher erst nach Aufforderung durch die Polizei (Anzeigenlegung) durchgeführt werden.

Aufgrund mangelnder Zuständigkeit liegen zur Ahndung und Kontrolle keine Informationen vor.

Mit freundlichen Grüßen



Gerald Bischof
Bezirksvorsteher



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Die gefertigten BezirksrätInnen des Klubs der Liesinger Volkspartei stellen an den
Herrn Bezirksvorsteher folgende

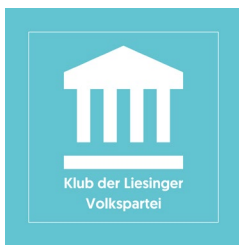
Anfrage

1. Welche Kommunikationsmaßnahmen in Bezug auf den oben erwähnten Gemeinderatsbeschluss betreffend den „Stillen Notruf“ wurden von der Stadt Wien an die Bezirksvorstehung weitergegeben bzw. empfohlen?
2. Welche konkreten Maßnahmen werden im Bezirk gesetzt, um Frauen und Mädchen über den „Stillen Notruf“ bzw. die App DEC112 zu informieren?
3. Stehen im Bezirksbudget finanzielle Mittel für Informations- und Präventionsmaßnahmen im Bereich Gewaltschutz zur Verfügung? Falls ja, in welcher Höhe und wofür werden diese eingesetzt?
4. Welche weiteren Schritte plant der Bezirksvorsteher, um den Schutz von Frauen und Mädchen im Bezirk generell zu stärken?
5. Welche konkreten Maßnahmen setzt der Bezirk, um besonders vulnerable Gruppen wie junge Frauen, Mädchen, Seniorinnen oder Frauen mit Behinderungen gezielt zu erreichen?
6. Gibt es Kooperationen des Bezirks mit Schulen, Jugendzentren, Frauenberatungsstellen oder anderen Einrichtungen, um gezielt über Gewaltprävention und den „Stillen Notruf“ zu informieren?

Begründung:

In den vergangenen Jahren ist in Österreich – insbesondere in Wien – ein deutlicher Anstieg von Gewaltdelikten zu verzeichnen. Medien berichten nahezu täglich über Schlägereien, häusliche Gewalt, Messerangriffe und andere schwere Gewalttaten. Besonders besorgniserregend ist dabei die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Aktuelle Statistiken zeichnen ein alarmierendes Bild: Jede dritte Frau ab 15 Jahren ist in Österreich von körperlicher Gewalt betroffen, mehr als jede vierte Frau hat sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt, und über jede fünfte Frau wurde bereits Opfer von Stalking. Im Jahr 2025 wurden österreichweit 15 Femizide sowie 39 mutmaßliche Mordversuche registriert, ein erheblicher Teil davon in Wien. Auch die Zahlen des Gewaltschutzzentrums Wien verdeutlichen den Handlungsbedarf: Allein 2024 wurden über 4.000 Betretungs- und Annäherungsverbote sowie mehr als 1.300 einstweilige Verfügungen ausgesprochen. Rund 79 % der Opfer waren Frauen, 88 % der Gefährder Männer.



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Seit 1. März 2022 steht mit der barrierefreien App „DEC112“ ein sogenannter „Stiller Notruf“ zur Verfügung. Diese ermöglicht es Frauen und Mädchen, in akuten Gefahrensituationen unauffällig und ohne verbale Kommunikation per Knopfdruck die Polizei zu alarmieren. Der Standort wird dabei automatisch per GPS übermittelt, sodass Einsatzkräfte rasch reagieren können – eine Maßnahme, die im Ernstfall Leben retten kann. Die Stadt Wien hat die hohe Relevanz dieser App erkannt und im Dezember 2025 einen einstimmigen Beschluss zur verstärkten Bekanntmachung gefasst.

Um den Schutz von Frauen und Mädchen nachhaltig zu verbessern, ist es entscheidend, dass sich auch alle Wiener Bezirke aktiv beteiligen und jede Möglichkeit nutzen, um über den „Stillen Notruf“ zu informieren und dessen Bekanntheit weiter zu erhöhen.

In den vergangenen Jahren ist in Österreich – insbesondere in Wien – ein deutlicher Anstieg von Gewaltdelikten zu verzeichnen. Medien berichten nahezu täglich über Schlägereien, häusliche Gewalt, Messerangriffe und andere schwere Gewalttaten. Besonders besorgniserregend ist dabei die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Aktuelle Statistiken zeichnen ein alarmierendes Bild: Jede dritte Frau ab 15 Jahren ist in Österreich von körperlicher Gewalt betroffen, mehr als jede vierte Frau hat sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt, und über jede fünfte Frau wurde bereits Opfer von Stalking. Im Jahr 2025 wurden österreichweit 15 Femizide sowie 39 mutmaßliche Mordversuche registriert, ein erheblicher Teil davon in Wien. Auch die Zahlen des Gewaltschutzzentrums Wien verdeutlichen den Handlungsbedarf: Allein 2024 wurden über 4.000 Betretungs- und Annäherungsverbote sowie mehr als 1.300 einstweilige Verfügungen ausgesprochen. Rund 79 % der Opfer waren Frauen, 88 % der Gefährder Männer.

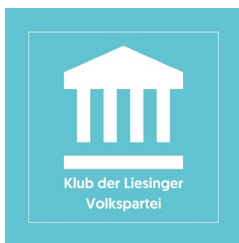
Seit 1. März 2022 steht mit der barrierefreien App „DEC112“ ein sogenannter „Stiller Notruf“ zur Verfügung. Diese ermöglicht es Frauen und Mädchen, in akuten Gefahrensituationen unauffällig und ohne verbale Kommunikation per Knopfdruck die Polizei zu alarmieren. Der Standort wird dabei automatisch per GPS übermittelt, sodass Einsatzkräfte rasch reagieren können – eine Maßnahme, die im Ernstfall Leben retten kann. Die Stadt Wien hat die hohe Relevanz dieser App erkannt und im Dezember 2025 einen einstimmigen Beschluss zur verstärkten Bekanntmachung gefasst.

Um den Schutz von Frauen und Mädchen nachhaltig zu verbessern, ist es entscheidend, dass sich auch alle Wiener Bezirke aktiv beteiligen und jede Möglichkeit nutzen, um über den „Stillen Notruf“ zu informieren und dessen Bekanntheit weiter zu erhöhen.

Margit Bauchinger
Bezirksrätin

Mag. Elisabeth Halvax
Bezirksrätin

Philipp Stadler-Simbürger
Klubobmann



Klub der Liesinger Volkspartei

Die Wiener
Volkspartei
Liesing

Die gefertigten BezirksrätInnen des Klubs der Liesinger Volkspartei stellen an den
Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

1. Welche Stelle ist für die Schneeräumung im öffentlichen Raum rund um den Liesinger Platz (insbesondere im Bereich des Bahnhofsumfelds) zuständig?
2. Welche Organisation bzw. welcher Betreiber ist für die Schneeräumung innerhalb des Bahnhofs Liesing sowie in dessen unmittelbarem Eingangsbereich verantwortlich?
3. Wer trägt die Zuständigkeit für die Schneeräumung der Unterführung beim Bahnhof Liesing (Fröhlichgasse)?
4. Aus welchen Gründen kam es im genannten Bereich zu keiner bzw. zu einer unzureichenden Schneeräumung?
5. Wie viele Räumdienste bzw. Einsatzkräfte waren im Winterdienst 2025/2026 im Bezirk Liesing im Einsatz?

Darüber hinaus ersuchen wir um Auskunft, ob seitens des Bezirks Maßnahmen geplant sind, um künftig eine raschere, koordiniertere und effizientere Schneeräumung an stark frequentierten Verkehrsknotenpunkten – wie dem Liesinger Platz – sicherzustellen.

Begründung:

Die Schneeräumung bei der Unterführung des Liesinger Bahnhof (Fröhlichgasse) war heuer absolut mangelhaft.

Auf Nachfrage hat die ÖBB-Infrastruktur uns die Auskunft erteilt, dass die ÖBB erst ab den Stiegenaufgängen zuständig ist – die Fröhlichgasse „gehört“ quasi der Gemeinde Wien bzw. dem Bezirk.

Der Bezirk wird daher um Prüfung der Zuständigkeit und um Sicherstellung einer zukünftigen, adäquaten Räumung gebeten.


Mag. Markus Fiala
Bezirksrat

Philipp Stadler-Simbürger
Klubobmann

BV 23 – S-445.926/2026
Anfrage 29
BV-Sitzung vom 26. März 2026

Wien, 30. April 2026
Bra

**Herrn Klubvorsitzenden
Philipp Stadler-Simbürger**

Sehr geehrter Herr Klubvorsitzender!

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. März 2026 eingebrachten Anfrage betreffend Schneeräumung Bahnhof Liesing darf ich Ihnen folgende Informationen übermitteln, die ich von Herrn Amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky erhalten habe:

Zu Frage 1:

Wie ich seitens der zuständigen Fachabteilung informiert wurde, wird die winterliche Betreuung der Fahrbahnen am Liesinger Platz von der MA 48 durchgeführt. Die winterliche Betreuung und Reinigung der Gehsteige im öffentlichen Gut liegt gemäß § 93 StVO bei den jeweiligen Anrainer*innen. Zusätzlich werden auch einige Flächen von einer Privatfirma im Auftrag der MA 48 winterlich betreut. Bei Kontrollen der von der MA 48 vergebenen Flächen wurden teilweise die mangelhafte winterliche Betreuung festgestellt und die Firma aufgefordert die Reinigung und winterliche Betreuung ordnungsgemäß durchzuführen.

Zu Frage 2:

Die Zuständigkeit der Schneeräumung innerhalb des Bahnhofs Liesing und in dessen unmittelbaren Eingangsbereich obliegt dem Liegenschaftseigentümer, der ÖBB-Infrastruktur.

Zu Frage 3:

Die MA 48 hat die mangelhafte Leistung zum Anlass genommen und ein ausführliches Gespräch mit der Privatfirma, hinsichtlich der korrekten Durchführung der Schneeräumung im Bereich Fröhlichgasse geführt.

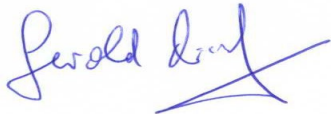
Zu Frage 4:

Im heurigen Winter kam es zu sehr starken Schneefallereignissen, die in der gesamten Ostregion Österreichs zu Behinderungen führte. So waren auch der Flughafen Wien und die A21 aufgrund des Schneefalls komplett gesperrt.

Zu Frage 5:

Da es sehr viele private Winterdienstfirmen gibt, kann mangels Kenntnis darüber keine Auskunft gegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Gerald Bischof
Bezirksvorsteher